

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Sparen ist angesagt

Wir stecken im Kantonsrat mitten in der Budgetdebatte. Aus Zeitgründen werden das Budget und der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) zusammen behandelt. So muss nicht wie bisher jeweils im Dezember das Budget und dann im Januar wieder der KEF diskutiert werden.

Dies macht Sinn, erfordert aber auch viel Geduld. Die Voten wiederholten sich zuweilen mehrfach. Leider kam auch der Antrag, die Redezeit von 5 auf 3 Minuten zu verkürzen, nicht durch. Bis am Montagabend wurden nur 7 von 54 für den Regierungsrat nicht bindende KEF-Erklärungen und 6 von 61 Anträgen zum Budget behandelt.

Oft stehen wir in vielen Sparanträgen praktisch alleine da; auch auf die FDP kann man nicht zählen. Wir versuchten im Rahmen der Budgetdebatte die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann abzuschaffen. Leider erfolglos, mit 100 zu 54 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt – wie auch die restlichen Verbesserungsvorschläge, die am ersten Sitzungstag alle von der SVP stammten.

Die SVP hatte auch verlangt, bei der Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Justizdirektion und beim statistischen Amt zu sparen. Einzig beim Natur- und Klimaschutz finde ich persönlich grössere Sparmassnahmen unangebracht. Denn eine intakte Natur ist unsere Basis und Veränderungen sind bereits zu beobachten, wie auch viele Bauern und Landschaftsgärtner bestärken. Der Regierungsrat hatte bei einem Gesamtaufwand von rund 15,5 Milliarden Franken für das Jahr 2018 einen Überschuss von gut 82 Millionen Franken budgetiert. Mit den Anträgen der Finanzkommission (Fiko) soll der Voranschlag am Ende gar ein Plus von fast 130 Millionen Franken aufweisen.

Diese Verbesserungen sollen vor allem beim Staatspersonal und beim öffentlichen Verkehr erzielt werden. Diese Anträge dürften aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auch durchkommen. Die Lohnsumme der kantonalen Angestellten soll nicht nur um 0,2 sondern um 0,4 Prozent gesenkt werden. Dagegen hatten am Montagmorgen etwa 300 Staatsangestellte vor dem Rathaus protestiert. Ausserdem will die Fiko auch 2018 wieder nur 20 Millionen und nicht 50 Millionen Franken in den Verkehrsfonds einzahlen. Nicht zuletzt forderten wir aufgrund der Finanzlage und der zu erwartenden Ausschüttungen der Nationalbank die Senkung des Steuerfusses von 100 auf 98 Prozent. Damit wollen wir vor allem auch den Druck auf den Regierungsrat verstärken. Aber auch mit dieser Forderung stehen wir alleine auf weiter Flur. Insgesamt sind neun Sitzungen für die Beratungen zum Budget und zur Finanzplanung vorgesehen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Budgetdebatte in Zürich: Haben die Linken einen Goldesel?

In einer Stadt mit einer Milliarde Eigenkapital, 8,5 Milliarden Fremdkapital, einem budgetierten Defizit von 43 Millionen und einem Budget von 8,8 Milliarden müsste man angesichts der hohen Risiken die eine solche Situation birgt, die Verantwortlichen entlassen. Verantwortlich dafür ist die grün-rote Linksregierung der letzten Jahrzehnte, die keine Mühe scheute das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauszuerwerfen.



Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Kreis 10

Der Aufgaben und Finanzplan (AFP) zementiert den links-grünen Schlendrian auf Jahre hinaus. Selbst wenn das Wahlvolk im März 2018 mehr bürgerliche Politiker in die Räte der Stadt Zürich wählen sollte, könnten diese die Finanzen der Stadt nicht so rasch ins Lot bringen.

Links-grüner Schlendrian

Der Stadtrat lobt seinen Aufgaben und Finanzplan als mittelfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument. Ich will die geneigten Leser nicht mit vielen Zahlen aus diesem unsäglich schlechten Plan belasten, das Fazit ist aber klar: Dieser famose Plan führt in den nächsten vier Jahren zu einer massiven Mehrverschuldung der Stadt. Wenn sich die Zinslast des Fremdkapitals um nur 0,5 Prozent vergrössern sollte oder andere optimistisch angenommene Einnahmen verringern sollten, dann wird sich das Defizit im Jahr 2018 von 41 Millionen leicht auf über 450 Millionen Franken erhöhen. Angesichts dieser äusserst erschreckenden Zustände gefällt sich der Sprecher der SP in derer Fraktions-erklärung mit der Forderung nach «bezahlbaren Wohnungen», «sicheren Velorouten» und «städtischen Spitälern». Auch eine Vergrösserung der Administration wird gefordert. Kein Wort über die desolaten Zustände. Die Grünen fordern «keine Steuersenkung, mehr Geld für das Personal» – sie spricht von «Panikmache der Bürgerlichen».

DIE STADT VERSTÄRKT DEN KAMPF GEGEN DIE AUTOFAHRER

Der Raubvogel Wolff

Erneut ein systematischer Raubzug gegen die Milchkuh der Nation in der Stadt Zürich – das Auto. Mit einem Nachtfahrverbot möchte Links-grün und der VCS Zürichs Autolenker systematisch abzocken.



Derek Richter
Gemeinderat SVP
Zürich 3

Mit automatischen Nummernscannern, sogenannten AZK-Geräten, werden alle jene registriert, welche sich nicht an das ideologisch fundierte Nachtfahrverbot in der Kreisen 1, 4 und 5 halten.

Die Grundidee der noch von Hand zu bedienenden Barriere war der Lärm-schutz.

Dass der Bahnlärm in unmittelbarer Nachbarschaft niemanden stört, darf gerne dazwischen erwähnt werden. Es geht einmal mehr also nur gegen den privaten und gewerblichen MIV. Mittlerweile sind die Autos leiser geworden aber solche Argumente lässt die vereinigte Front der intoleranten Toleranzprediger niemals zu.

Umerziehung oder Vertreibung

Dass Velofahrer in vollem Karacho über die Trottoire donnern und so ein klares Sicherheitsrisiko für sich und Schwächere darstellen, soll im Gegenzug nun mal einfach zu einer Grossestadt gehören. Auch dass Automobilisten, welche eine teure Anwohnerparkkarte (CHF 300 p.a.) besitzen, jetzt zusätzlich 30 Franken dafür zahlen müssen, um auf eine «White List» kommen, um nicht mit 100 Franken Ordnungsbusse abgezockt zu werden, ist das Sahne-

Die AL erzählt in blumigen Worten von der «sozio-ökonomischen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung» und fordert im Prinzip ebenfalls mehr preisgünstigen Wohnraum für Ihre Klientel. Sie will dadurch eindeutig eine einkommensschwächere Bevölkerungsschicht anlocken.

Selbstverständlich werden alle diese Forderungen vom virtuellen links-ideologischen Goldesel bezahlt. Nach all diesen unqualifizierten Banalitäten folgen die anderen Erklärungen. Die Grünliberalen fordern «eine Wende», sie prangern die «geschönte Einschätzung der Finanzlage durch den Stadtrat» an. Die CVP nimmt das Budget zur Kenntnis, sie anerkennt die Anstrengungen des Stadtrates und stellt fest, dass es Departemente gebe, wo man das Budget noch kürzen könnte.

Wie wir anhand der Debatten-Unterlagen sehen, sind diese Kürzungen aber Kosmetik und im allerbesten Fall nicht ganz ernst gemeinte Wahlpropaganda.

Vernünftige SVP

Nur die FDP und die SVP versuchen in Ihren Fraktionserklärungen den Sachverhalt korrekt, umfassend und mit Weitblick darzustellen. So fordert die FDP Impulse für die Zukunft. Sie fordert eine «moderate Steuerentlastung». Leider wurde dem AFP mit 81:43 zugestimmt. Wie unsicher zu erkennen ist, wird sich die Finanzsituation der Stadt in den nächsten Jahren verschlechtern.

Man muss kein Verschwörungstheoretiker sein um das zu erkennen – die uns vorgelegten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Das Patentrezept der links-grünen Ratsmehrheit heisst Goldesel – er wurde in den vergangenen

Jahren regelmässig am Mittwoch im Rat gesichtet. Einerseits wird 2018 aus einer schier unerschöpflich scheinenden Quelle wiederum etwa 800 Millionen aufgenommen, andererseits finden die erfinderischen Linken immer

neue Kässeli, wie zum Beispiel Blitzkästen in 30-er Zonen. Und wenn das nicht reichen sollte, – und es wird nicht reichen um all die «gebundenen Ausgaben» zu berappen – dann werden zuerst die umliegenden Gemeinden mehr zur Kasse gebeten, es wird Steuererhöhungen hageln und wir werden die Folgen dieser Goldeselpolitik unseren Kindern als Erbe während Jahrzehnten hinterlassen.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Die städtischen Finanzen in einer Sackgasse



Roger Bartholdi
Gemeinderat SVP
Stadtratskandidat
Zürich

Die Stadt Zürich baut den Turm zu Babel und erhöht diesen gemäss Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 jedes Jahr auf babylonische Art und Weise. Das Fundament des Turmes bilden jeweils die Einnahmen. «Die Stadt Zürich baut – gut und günstig» behauptet zumindest das Hochbaudepartement. Bei den Steuern plant der Stadtrat jedoch mit neuen rekordhohen Einnahmen, was natürlich alles andere als günstig ist. Fallen diese Einnahmen nicht auf Rekordhöhe aus, wird das Fundament des Turmes empfindlich geschwächt. Der Turm wird aber jedes Jahr höher gebaut. Ein stetig höher werdender Personalaufwand und massiv ansteigende Sachaufwände von 4452 Millionen Franken (Rechnung 2016) auf 4818 Millionen Franken (P 2021), was einem Anstieg von fast 370 Millionen innerhalb von fünf Jahren gleichkommt! Diese anschwellenden Ausgaben drücken auf den Turm und das Bauwerk neigt sich unter der Last wie der Turm von Pisa. Gemäss Planung des Stadtrates werden nahezu die gesamten Steuereinnahmen der Jahresrechnung für den immensen Personalaufwand benötigt. In Zahlen heisst dies, dass 2021 3,02 Milliarden Franken Steuereinnahmen 2,98 Milliarden Franken Personalauf-

wand gegenüberstehen werden. In der Rechnung 2016 waren die Steuereinnahmen noch über 200 Millionen Franken höher als der Personalaufwand. Sogar geplante Rekordsteuereinnahmen können diese Entwicklung nicht verhindern. Die Prognose des Stadtrates für die Jahre 2019 bis 2021, jeweils ein sattes Defizit in dreistelliger Millionen-summe. Insgesamt 367,9 Millionen Franken Defizit werden erwartet.

In der Rechnung 2016 war das Fremdkapital noch bei 8,5 Milliarden Franken, aber bereits im Jahr 2020 soll die 10 Milliarden-Grenze überschritten werden. 2021 wird das Fremdkapital bereits über 11 Milliarden betragen. Dafür schrumpft das Eigenkapital von 1018 Millionen (Rechnung 2016) auf 581 Millionen Franken (P 2021). Das Eigenkapital schmilzt wie «Butter an der Sonne». Das Fazit des AFP und der finanziellen Situation der Stadt Zürich ist folgendermassen: Erwartungen von Rekordergebnissen bei den Steuern, überdimensioniertes Wachstum bei Personal- und Sachaufwand, ab 2019 jedes Jahr Defizite in dreistelliger Millionenhöhe sowie stetig steigendes Fremdkapital und schrumpfendes Eigenkapital. Aus Sicht der SVP ist eine solche finanzielle Perspektive inakzeptabel und ist umgehend zu korrigieren.

Der Turm von Zürich muss dringend wieder auf ein solides Fundament gebracht und das Wachstum der Ausgaben auf ein vernünftiges Mass reduziert werden. Nur so kann Zürich aktionsfähig bleiben und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden.



Adventsbier

zu den Themen:

Berufsverbot für Pädophile - No-Billag-Initiative -
25 Jahre EWR-Nein: Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz



Alfred
Heer



Gregor
Rutz



Mauro
Tuena



Hans-Ueli
Vogt

Dienstag, 19. Dezember, 18.30 Uhr

Hotel Spigarten (Letzisaal)
Lindenplatz 5, 8048 Zürich (Kreis 9)

Die vier Stadtzürcher SVP-Nationalräte berichten aus der Wintersession. Alle sind herzlich eingeladen! Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Mauro Tuena, Präsident SVP der Stadt Zürich
Lorenz Habicher, Präsident SVP Kreispartei 9



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!